

**Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses
am Dienstag, dem 19.11.2024, im Großen Ausschussszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:15 Uhr**

	Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2. Bericht der Verwaltung	5
3. Haushaltsplanberatungen 2025	6

Anlagen

Anlage 1	Präsentation Amt 23 – Haushalt 2025
Anlage 2	Präsentation Amt 62 – Haushalt 2025
Anlage 3	Präsentation Amt 63 – Haushalt 2025
Anlage 4	Präsentation Amt 66 – Haushalt 2025

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Austrup, Norbert	
Claßen, Anne	
Duwe, Jens	
Franitza, Andreas	
Grobecker, Hubert	
Hugenroth, Bernhard	
Hütig, Frank	
Kühnel, Andreas	
Lorenz, Thomas	
Luster-Haggeney, Rudolf	
Lütke-Verspohl, Timo	
Starke, Dennis	
Tentrup-Beckstedde, Christoph	
Termühlen, Hildegard	
stellv. Ausschussmitglieder	
Duhme, Elke	Vertretung für Herrn Berkhoff
Nienkemper, Dorothea	Vertretung für Herrn Engelbrecht
Rosenbaum, Ulf	Vertreter für Herrn v. Ketteler
Strübbe, Robert	Vertreter für Herrn Kleibolde
von der Verwaltung	
Bleicher, Herbert, Dr.	
Borgstedt, Hendrik	
Doerr, Julia	
Funke, Stefan, Dr.	
Hackelbusch, André	
Hinrichs, Jens	
Peitz, Sigurd	

Herr Luster-Haggeney eröffnet um 09:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Bauausschuss mit Einladung vom 08.11.2024 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis'90/Die Grünen vom 18.11.2024 – Antrag zur Bezuschussung von Bürgerradwegen Produkt 120110: Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen - wird auf den Finanz- und den Kreisausschuss vertagt, da teilweise noch Beratungsbedarf in den Fraktionen gesehen wird.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Der Vorsitzende stellt fest, dass kein/e Einwohnerin oder Einwohner anwesend ist/sind.

2. Bericht der Verwaltung

Herr Borgstedt berichtet über die aktuellen Ausschreibungen zu den Energieversorgungsverträgen in den Bereichen Strom und Gas. Im III. Quartal 2024 habe man ein weiteres Paket für eine EU-weite Ausschreibung vorbereitet und hierbei auch Kontakt zu den Kommunen des Kreises aufgenommen, um ein größtmögliches Los zu erhalten. Im Bereich Stromversorgung haben hierbei die Gemeinden Beelen, Sassenberg und Everswinkel ihr Interesse bekundet und sich der Ausschreibung angeschlossen und für den Bereich der Gasversorgung die Gemeinden Beelen und Sassenberg.

Bei dem Ausschreibungsverfahren für die Stromversorgung konnte inkl. der Forderung nach Ökostrom eine Kostenreduzierung um 50 % erfolgen. Im Ausschreibungsverfahren für die Gasversorgung mussten jedoch Mehrkosten in einer Höhe von rund 30 % verzeichnet werden. Nach Recherche liegen hier die Gründe in dem erhöhten Steuersatz der Umsatzsteuer und auch bei der CO₂-Abgabe.

Mittelfristig sei es Ziel, die Laufzeiten für die Energieversorgungsverträge für alle Kreisimmobilien zu synchronisieren. Die in 2024 neu geschlossenen Verträge beginnen am 01.01.2025 mit ihrer Laufzeit und seien im Haushalt entsprechend veranschlagt worden.

Auf die Nachfrage von Herrn Hütig (AfD), ob parallel zum Ökostrom auch Standardstrom ausgeschrieben worden sei, konnte Herr Borgstedt berichten, dass dies nicht der Fall gewesen sei, da die Politik dies der Verwaltung zur Bedingung gestellt habe.

Herr Dr. Funke ergänzt zudem, dass bei früheren Vergleichen kaum Preisdifferenzen zum Ökostrom vorhanden waren.

3. Haushaltsplanberatungen 2025**183/2024**

Herr Borgstedt beginnt mit seinen Ausführungen zum Haushaltsplanentwurf und einer Präsentation (Anlage 1) für den Bereich 0107 Immobilienmanagement. Er stellte einige größere Investitionen aus dem Haushaltsplanentwurf vor und erläuterte die einzelnen Maßnahmen kurz.

Auf die Nachfrage zur Errichtung der Feuer- und Rettungswachen in Ennigerloh und Sendenhorst von Frau Nienkemper (FWG) erläutert Herr Borgstedt, dass die Planungen sich nicht in Gänze spiegeln ließen, da es städtespezifische Abweichungen bei den Planungen gäbe. Der aktuelle Entwurfsplan aus Ennigerloh solle jedoch auch für Sendenhorst als Basis dienen.

Auch auf die Frage zur Einplanung einer Schleppkurve für die Feuerwehrfahrzeuge von Herrn Franitza (B'90/Grüne) kann Herr Borgstedt berichten, dass diese eingeplant sei und der Planer hierzu nähere Auskünfte geben könne. Die Planung des Feuerwehrgerätehauses selbst obliege der Stadt Ennigerloh und müsse dort direkt angefragt werden. Der Kreis Warendorf sei bei dieser Maßnahme Co-Bauherr und für den Bau der Rettungswache verantwortlich.

Auf den Hinweis von Frau Nienkemper (FWG), dass Modulbauweise Kosten einsparen könne und dies auch bei anderen Bauprojekten des Kreises geprüft werden solle, ergänzt Herr Grobecker (B'90/Grüne), dass dies bei einem aktuellen Neubau einer Kindertagesstätte in Warendorf der Fall gewesen sei und dadurch rund 500.000 € eingespart werden konnten und auch zeitgleich noch eine verkürzte Bauzeit möglich gewesen sei.

Daraufhin merkt Herr Dr. Funke an, dass die Gespräche mit der Stadt Sendenhorst für den Neubau einer Feuer- und Rettungswache nunmehr wieder aufgenommen worden seien und man die Erfahrungen aus dem Projekt in Ennigerloh mit einbringen wolle. Die Entscheidung läge jedoch bei der Stadt Sendenhorst, die auch voraussichtlich mit ca. 70 % der Kosten den höheren Kostenanteil trage.

Herr Luster-Haggenev (CDU) und Herr Borgstedt hoffen, dass die Stadt Sendenhorst das Einsparpotenzial sehe und diesem Vorgehen zustimme.

Zudem ergänzt Herr Borgstedt, dass ein vorgeschalter Architektenwettbewerb Zeit und Geld koste, der bei einer Art Modulbauweise entbehrlich sei. Das Auswahlverfahren für die Objektplanung könne dann schlanker gestaltet werden.

Zum Abschluss des Vortrages von Herrn Borgstedt bringt Herr Dr. Funke an, dass die Änderungsliste in diesem Jahr länger sei als gewohnt, da man im Rahmen des Jahresabschlusses dadurch auf zahlreiche Ermächtigungsübertragungen verzichten wolle. Die Liste enthalte keinerlei neue Baumaßnahmen und diene der Transparenz des Haushaltes.

Zudem weist er auf zwei redaktionelle Korrekturen der Änderungsliste hin:

Position 20: hier sei eine falsche Beschreibung der Investition übernommen worden. Richtigerweise müsse der Text wie folgt lauten:

Inst. v. PV-Systemen a.d. Dächern des BK Beckum

Position 21: diese solle nicht in 2025 realisiert werden, sondern mit dem Haushalt 2026 beraten werden, mit dem dann neu gewählten Kreistag und sei somit zu ändern.

Auf die Nachfrage von Frau Nienkemper (FWG), wie die Verschiebungen sich auf den Kreishaushalt auswirken würden, konnte Herr Dr. Funke klarstellen, dass sich daraus keine Veränderungen in der Kreisumlage ergeben.

Im Anschluss fährt Herr Hinrichs mit dem Bericht zur Produktgruppe 0902 fort (Anlage 2). Er erläutert in Kürze die einzelnen Ansätze. Auf Nachfrage von Herrn Duwe (Die Partei/Die Linke) erläutert Herr Hinrichs, dass es sich um reine Luftbildbefliegungen handelt und gleichzeitig Schrägluftbilder aufgenommen werden. Daraus werden 3D-Daten gerechnet und als sogenannte 3D-Mesh dargestellt. Eine Laserscanning-Befliegung mit LIDAR-Sensor werde vom Kreis nicht beauftragt.

Zur Produktgruppe 1001 führt Herr Peitz aus und stellt hierzu eine kurze Präsentation vor (Anlage 3). Gerne dürfen Rückfragen an Herrn Peitz gestellt werden und er würde diese – angesichts der fortgeschrittenen Zeit - im Anschluss zur Sitzung schriftlich zusammenstellen.

Im Anschluss an den Vortrag erkundigt sich Frau Nienkemper (FWG) nach einer Checkliste als Hilfestellung zur Vollständigkeitsprüfung bei Baugenehmigungsverfahren und Herr Peitz merkt an, dass diese Hilfestellungen u.a. im Internet zur Verfügung stehen und auch explizit darauf hingewiesen werde. Gerade unvollständige Bauanträge führen zu langen Bearbeitungszeiten und es müsse wiederholt mit der Antragsprüfung begonnen werden. Im Bauportal.NRW solle zukünftig über die Informationseingaben der Antragstellenden eine Zuordnung von erforderlichen Bauvorlagen gesteuert werden. Er hoffe, hierzu im nächsten Jahr im Bauausschuss berichten zu können.

Zum Thema Windenergie stellt Herr Luster-Haggenev (CDU) eine Rückfrage zur Gültigkeit des Vorbescheides und den zu erwartenden Kosten. Herr Peitz erläutert, dass der Vorbescheid mindestens 2 Jahre Gültigkeit habe, um einen Antrag zum Bau einer Windkraftanlage zu stellen. Der Kreis erhebe eine Vorschussgebühr, um das „berechtigte Interesse“ der Antragstellung zu unterstreichen. Diese belaufe sich auf ca. 5.000 Euro. Eine Genehmigung für eine Windkraftanlage läge durchschnittlich und vereinfacht derzeit bei rund 18.000 Euro.

Zudem berichtet Herr Peitz auch von der Altaktenarchivierung der Bauakten. Es sei sehr viel Arbeit gewesen, die sich jedoch gelohnt habe. Alle elektronischen Altakten werden nun auch bei Akteneinsichten zur Verfügung gestellt. Vom Bauamt wurde eine neue Tarifstelle zur Akteneinsicht und Abrechnung für die Gebührensatzung des Kreises vorgeschlagen. Mittel- bis langfristig werden sich die Kosten zur Digitalisierung der Altakten refinanzieren. Auf die Frage von Herrn Duwe (Die Partei/Die Linke) informierte Herr Peitz, dass die Scandateien eine OCR Texterkennung hätten und die Akten nach Schlagworten durchsuchbar seien.

Frau Nienkemper (FWG) fragt daraufhin, ob das Wegfallen dieser Akten zu einer Reduzierung der Versicherungsprämie beim Brandschutz führe. Herr Borgstedt kann dazu mitteilen, dass dies nicht der Fall sei, da das Kreisarchiv auch mit weiter voranschreitender Digitalisierung von Akten weiterhin existent bleibe und die leeren Regale auch schnell wieder gefüllt seien. Zudem würden andere Kommunen im Kreis Warendorf ihre Akten an das Kreisarchiv zur dauerhaften Aufbewahrung weitergeben.

Zum Ende erläutert Herr Hackelbusch die Ansätze der Produktgruppe 1201 (Anlage 4). Er führt an, dass bereits alternative Wege der Personalgewinnung genutzt würden und derzeit auch ein Werkstudent im Bereich Straßenbau eingesetzt werde.

Auch eine neue Aufgabe habe es für das Amt gegeben. Wegekreuze, Bildstöcke und Kriegerdenkmale seien nunmehr in der Überwachungspflicht des Straßenbaulastträgers. Hier habe man bereits alle Kreisstraßen befahren und alle Objekte geprüft. In Fällen, in denen der Kreis selbst nicht Eigentümer des Grundstückes sei, habe man die Eigentümer bei Missständen auf diese hingewiesen und die daraus resultierende Sicherungspflicht.

Die neue Aufgabe sei ein sensibles Thema auch bei den Anliegern und man habe sich bereits mit dem Amt für Planung und Naturschutz in Verbindung gesetzt, um mögliche Fördermittel für erforderliche Sanierung zu erhalten.

Zum Abschluss hat Frau Nienkemper (FWG) noch weitere Fragen, die Herr Hackelbusch wie folgt beantwortet:

1. Derzeit sei es schwierig, auf dem Gebrauchtwagenmarkt passende Fahrzeuge im Bereich Straßenbau- und Unterhaltung zu finden. Auch Vorführfahrzeuge seien schnell vergriffen, da auch andere bereits diese Möglichkeiten nutzen. Man prüfe jedoch bei jeder Neuanschaffung alle Möglichkeiten ab, auch würde nach alternativen Antriebsmöglichkeiten geschaut.
2. Der Ansatz bei der Brückenunterhaltung passe zu den anfallenden Kosten, um die Brückenbauwerke entsprechend der DIN 1076 zu überprüfen. Die Brücke an der K 10 werde jährlich geprüft, da ein Ersatzneubau erst in 2030 realistisch sei. Die Bahn habe die beantragten Sperrzeiten ersatzlos gestrichen und dadurch sei auch ein Aufwand in 2023 entstanden, der das Jahresergebnis verfälsche.
3. Der Radweg entlang der K 33 in Sendenhorst / Albersloh solle in 2025 geplant werden und dann auch der Grunderwerb starten. Es habe bereits erste Gespräche mit den Anliegern gegeben und auch das Thema Erbbaupacht sei hierbei zur Sprache gekommen. Bislang seien keine problematischen Fragestellungen ersichtlich.

Zum Ende erfolgt von Herrn Hackelbusch noch ein kurzer Exkurs zum Thema Bürgerradwege. Der Kreis habe seit 2007 einen Betrag von 692.000 Euro an Fördermitteln hierfür an die einzelnen Bürgerinitiativen ausgezahlt. Der Landesbetrieb habe in letzter Zeit seine Förderung angehoben und auch das Antragsverfahren hierzu deutlich vereinfacht.

Im Anschluss äußert Herr Hütig (AfD), dass er dem Entwurf des Haushaltsplanes für 2025 nicht zustimmen könne, da die Energiewende in Deutschland einen gravierenden Einfluss auf die Projekte des Kreises habe und er hinter den Baumaßnahmen an

Kreisgebäuden stehe, aber nicht für dort parallel geplante Photovoltaikanlagen. Zudem sei er gegen eine Umstellung auf Elektrofahrzeuge und den Einbau von Wärmepumpen, es sei denn, diese würden mit CO₂-freiem Strom betrieben.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 14 Nein 1 Enthaltung 3 Befangen 0

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt der Vorsitzende um 11.15 Uhr die Sitzung.

Im Anschluss verabschiedet er Herrn Dr. Bleicher, da dieser zum 31.12.2024 aus dem Dienst des Kreises Warendorf ausscheidet und dankt ihm für seine Arbeit.

Rudolf Luster-Haggeney
Vorsitz

Dr. Herbert Bleicher
Schriftführer